ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schmidt, Oliver

Research Report

Keine Abrüstungseuphorie: Pragmatismus wird die US-Nuklearwaffenpolitik in Obamas zweiter Amtszeit prägen

SWP-Aktuell, No. 7/2013

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Schmidt, Oliver (2013) : Keine Abrüstungseuphorie: Pragmatismus wird die US-Nuklearwaffenpolitik in Obamas zweiter Amtszeit prägen, SWP-Aktuell, No. 7/2013, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/255103

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Keine Abrüstungseuphorie

Pragmatismus wird die US-Nuklearwaffenpolitik in Obamas zweiter Amtszeit prägen

Oliver Schmidt

Die deutsche Bundesregierung erklärte unmittelbar nach der Wiederwahl Barack Obamas, sie hoffe auf weitere Initiativen der USA zur nuklearen Abrüstung. Deutschland sollte indes keine zu großen Erwartungen hegen, denn der politische Gestaltungsspielraum der USA ist eng. Die USA wollen zwar die nukleare Abrüstung voranbringen, um das nukleare Nichtverbreitungsregime zu stärken. Gleichzeitig jedoch hat Präsident Obama Investitionen angekündigt, mit denen das US-Kernwaffenarsenal erhalten und die Trägersysteme modernisiert werden sollen. Außerdem soll die Entwicklung konventioneller Waffensysteme fortgesetzt und so eine Alternative zur Abschreckung und Rückversicherung mit nuklearen Mitteln geschaffen werden. All dies erschwert weitere Abrüstungsschritte mit Russland.

Die USA haben einerseits erkannt, dass nukleare Abschreckung versagen kann, andererseits sehen sie in der Weitergabe von Nuklearwaffen an staatliche und nichtstaatliche Akteure gegenwärtig die größte Herausforderung für ihre nationale Sicherheit. Die Obama-Administration zog daraus zwei Konsequenzen: Erstens sucht sie nach militärischen Alternativen zu Kernwaffen und zweitens will sie die Instrumente zur nuklearen Nichtverbreitung stärken. Beide Vorhaben sind allerdings zuweilen schwer miteinander zu vereinbaren.

US-Kernwaffenpolitik unter Obama

Zwei Dokumente bestimmen maßgeblich die Ausrichtung der US-Kernwaffenpolitik unter Barack Obama: der New-START-Abrüstungsvertrag und der Bericht zur Überprüfung der US-Nuklearwaffenpolitik (Nuclear Posture Review Report – NPR).

Am 8. April 2010 legten die USA und Russland mit dem New-START-Vertrag neue Obergrenzen für ihre strategischen Kernwaffen fest. Bis zum Jahr 2018 sollen beide Seiten demnach ihre entsprechenden Arsenale auf 1550 aktive nukleare Gefechtsköpfe und 700 Trägersysteme reduzieren. Weitere 100 Trägersysteme können in Reserve gehalten werden. Der Vertrag ist am 5. Februar 2011 in Kraft getreten. Die Ratifikation hatte sich aufgrund der harten Opposition republikanischer Abgeordneter im US-Senat verzögert, die sich um die dauerhafte Einsatzfähigkeit und Sicherheit der US-Kernwaffen sorgten. Präsident Obama trug dieser Sorge Rechnung und

Oliver Schmidt ist Stipendiat in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik

gewann ihre Zustimmung, indem er ankündigte, er würde in den kommenden zehn Jahren rund 80 Milliarden US-Dollar in die Sicherung und Modernisierung des bestehenden US-Kernwaffenarsenals investieren. Weitere 100 Milliarden US-Dollar sollten für die Sicherung und Neuentwicklung der Waffenplattformen und Trägersysteme für Nuklearwaffen aufgewandt werden.

Mit den geplanten Investitionen sichern die USA ihre nuklearen Fähigkeiten bis über das Jahr 2050 hinaus. Die Investitionen sollen alle Bereiche der Triade aus land-, luft- und seegestützten strategischen Kernwaffen und deren nukleare Gefechtsköpfe betreffen sowie die industrielle Infrastruktur zum Bau dieser Waffen. Auch für die Modernisierung der landgestützten Interkontinentalraketen sind Ausgaben geplant, Untersuchungen im Hinblick auf ein mögliches Nachfolgesystem laufen. Der Schwerpunkt der Ausgaben liegt jedoch auf der Entwicklung und Beschaffung eines neuen Langstreckenbombers (LRPB) und einer neuen U-Boot-Generation als Plattform für seegestützte Interkontinentalraketen (SSBN-X).

Planungen für die Kernwaffen und den Haushalt der USA

Aufgrund der aktuellen Haushaltslage ist noch nicht absehbar, in welchem Umfang und Zeitrahmen die Investitionen tatsächlich getätigt werden. Exemplarisch dafür ist die Debatte über die neue Generation von U-Booten (SSBN-X). Das US-Verteidigungsministerium hat den Beschaffungstermin zunächst um zwei Jahre verschoben, von 2029 auf 2031. Außerdem prüfen Regierung und Kongress, ob die aus zwölf aktiven Systemen bestehende U-Boot-Flotte auf zehn Boote oder noch weniger verringert werden kann, ohne die Zweitschlagsfähigkeit der USA zu gefährden. Der ehemalige Oberbefehlshaber der strategischen US-Streitkräfte, General James Cartwright, schlägt außerdem vor, das Budget für Kernwaffen deutlich zu kürzen. Im Widerspruch zu den Maßgaben der NPR stellt er sogar in Frage, ob eine nukleare Triade notwendig sei, um das strategische Gleichgewicht mit Russland und China aufrechtzuerhalten. Er plädiert stattdessen dafür, mittelfristig die landgestützte Komponente aufzugeben.

Militärische Alternativen zu Kernwaffen

Im Bericht zur Überprüfung der US-Kernwaffenpolitik (NPR) aus dem Jahr 2010 werden fünf Ziele benannt: die Verhinderung der Weitergabe von Kernwaffen und der Ausbreitung des Nuklear-Terrorismus, eine Verringerung der Rolle von Kernwaffen für die US-Sicherheitspolitik, die Aufrechterhaltung der strategischen Abschreckung und Stabilität mit einer reduzierten Zahl von Nuklearwaffen, eine Stärkung regionaler Abschreckung und Rückversicherung der Verbündeten und, schließlich, ein sicheres und effektives Kernwaffenarsenal.

Laut NPR sollen konventionelle Waffensysteme eine größere Rolle bei der Abschreckung spielen. Ziel ist es, einen potentiellen Gegner durch die Androhung von Vergeltung in seinem Verhalten zu beeinflussen (Deterrence by Punishment) oder eine abschreckende Wirkung zu erzielen, indem ihm glaubhaft signalisiert wird, dass er seine (Kriegs-) Ziele nicht erreichen kann (Deterrence by Denial). Neben den fortbestehenden nuklearen Optionen für Abschreckung durch Vergeltung und Verwehrung (Denial) geht es konkret darum, die Raketenabwehr auszubauen und schnell einsetzbare, offensive konventionelle Waffensysteme großer Reichweite zu entwickeln (Conventional Prompt Global Strike – CPGS).

Hindernisse für Abrüstungsverhandlungen mit Russland

Die geschilderten Rahmenbedingungen sind nicht günstig für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen mit Russland. Beide Seiten hängen noch immer dem Gleich-

gewichtsdenken an und sind auf eine gesicherte Zweitschlagsfähigkeit aus. Russland sieht die strategische Stabilität im Verhältnis zu den USA gefährdet, und dies spätestens wenn die US-Raketenabwehr im Rahmen des »European Phase Adaptive Approach« (Phase-4, ab ca. 2020) ihre volle Einsatzbereitschaft erreicht haben wird und offensive konventionelle Waffensysteme großer Reichweite (CPGS) entwickelt wurden. Wenn die USA mittels konventioneller Fähigkeiten ihre Schadensbegrenzungsoptionen ausbauen können, stellt dies eine Herausforderung für die gesicherte Zweitschlagsfähigkeit eines Gegners dar. Theoretisch steigt damit die Gefahr, dass eine mögliche Krise eskaliert, die man sich aktuell nur schwer vorstellen kann. Diese Kriseninstabilität ist umso ausgeprägter, je kleiner das nukleare Arsenal eines potentiellen Gegners der USA ist.

Dieser Zusammenhang ist womöglich nicht nur Anlass für russische Abrüstungsbedenken, sondern auch für Berichte über den quantitativen Ausbau und die qualitative Verbesserung des chinesischen Kernwaffenarsenals (vgl. SWP-Aktuell 74/2012). Die USA, die konventionelle Waffensysteme aufwerten und für Abschreckung und Rückversicherung nutzen wollen, weigern sich bislang, Beschränkungen bei der Entwicklung und Stationierung dieser Systeme zu akzeptieren. Eine wie immer geartete Beteiligung Russlands an der territorialen Raketenabwehr in Europa, die russische Bedenken ausräumen könnte, zeichnet sich gegenwärtig nicht ab.

Aus Sicht des Kreml haben die Nato-Streitkräfte in Europa außerdem eine konventionelle Überlegenheit erlangt. Das erschwert es Russland, auf seine substrategischen Kernwaffen zu verzichten. Hinzu kommt die Proliferation ballistischer Trägersysteme und Massenvernichtungswaffen an seiner südlichen Grenze. Da Russland im INF-Vertrag auf nukleare Mittelstreckenraketen verzichtet hat, kann es darauf nur mit der Verlegung substrategischer Kernwaffen reagieren. Die Obama-Administration hat gegenüber dem US-Senat und mit Rücksicht auf die mittel- und osteuropäischen Nato-Staaten klargestellt, dass sie in künftigen Abrüstungsgesprächen mit Russland die substrategischen Kernwaffen einbeziehen wollen, um die Arsenale der beiden Länder numerisch anzunähern.

Abrüstungshindernis US-Senat

Die innenpolitischen Hürden für nukleare Abrüstung bleiben auch nach den Senatswahlen vom 6. November 2012 bestehen. Ein internationaler Vertrag muss dort mit einer Zweidrittelmehrheit gebilligt werden. Da die Demokraten diese Mehrheit nicht haben, sind sie weiterhin auf die Zusammenarbeit mit den republikanischen Abgeordneten angewiesen. Angesichts der Blockadehaltung, die von der republikanischen Partei angekündigt wurde, ist mit einem zähen Ringen um jede Entscheidung für einen Abrüstungsvertrag zu rechnen. Unerwartet heftig sperrten sich einige republikanische Senatoren bereits im Jahr 2010 gegen den New-START-Vertrag. Die Obama-Administration verzichtete daraufhin in ihrer ersten Amtszeit auf den zunächst erwarteten zweiten Versuch, eine Billigung des umfassenden nuklearen Teststoppvertrags (CTBT) zu erreichen. Die Verabschiedung des CTBT scheiterte unter Präsident Bill Clinton im Jahr 1999 schon einmal an mangelnder Unterstützung im US-Senat.

Abrüstung und Nichtverbreitung

US-Präsident Obama stellte in seiner Prager Rede im April 2009 die Vision einer kernwaffenfreien Welt vor. Der sicherste Weg zur nuklearen Nichtverbreitung sei die Abrüstung aller Nuklearwaffen. Diesem Ziel könne man sich nähern, indem man Kernwaffen in der Verteidigungsplanung eine geringere Rolle zuschreibe und im Sinne von Artikel 6 des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags abrüste.

Nukleare Abrüstungsbemühungen der offiziellen Kernwaffenstaaten, allen voran der USA und Russlands, haben allerdings keinen direkten Einfluss auf die Motivation

eines Staates, sich Kernwaffen zu beschaffen. Der Anreiz zur Beschaffung kann von regionalen Sicherheitsdynamiken ausgehen oder von dem Streben, größeres politisches Gewicht und mehr Anerkennung zu erlangen. Es erscheint gegenwärtig unwahrscheinlich, dass sich Staaten mit Nuklearpotential militärisch an den USA orientieren und auf ein stabiles nukleares Gleichgewicht abzielen. Das gilt etwa für nuklear bewaffnete Regionalmächte wie Nordkorea, Indien und Pakistan oder Staaten, die sich auf dem Weg zur militärischen Nuklearisierung befinden, wie beispielsweise Iran. Allerdings setzen die Abrüstungsbemühungen der USA und Russlands sowohl die anderen offiziellen Kernwaffenstaaten China, Großbritannien und Frankreich als auch die internationale Staatengemeinschaft insgesamt unter größeren politischen Handlungsdruck: Sie sehen sich dadurch gedrängt, intensiver am Prozess teilzunehmen und die Abrüstungs- und Nichtverbreitungsnorm des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) zu stärken.

Gedämpfte Erwartungen

Trotz der schwierigen Ausgangslage stehen den USA Möglichkeiten offen, bei der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung weitere Akzente zu setzen. So könnten sie etwa die Umsetzung von Phase 4, in der die vollständige Einsatzfähigkeit der territorialen Raketenabwehr in Europa hergestellt werden soll, verzögern und damit Bedenken der russischen Seite Rechnung tragen. Außerdem könnten sie anbieten, substrategische Kernwaffen und nukleare Reservesprengköpfe für strategische Waffensysteme in einem kommenden Abrüstungsvertrag zusammen zu verhandeln. Dabei könnte man jede Vertragspartei selbst entscheiden lassen, wie die Zusammensetzung ihres nuklearen Arsenals aussehen soll. Eine weitere denkbare Initiative wäre, den umfassenden nuklearen Teststoppvertrag (CTBT) erneut dem US-Senat zur Billigung vorzulegen. Schließlich hätten die USA die Möglichkeit, sich für eine Stärkung vertrauensbildender Maßnahmen einzusetzen. Denkbar wären ein intensivierter Informationsaustausch mit der russischen Seite und gemeinsame Studien zu Fragen der Abrüstung, Nichtverbreitung und Verifikation.

Noch unklar ist, ob die US-Haushaltslage Anreiz zu weiteren Abrüstungsschritten geben wird. Womöglich könnte der Sparzwang zu einem der stärksten Impulse für nukleare Abrüstung werden. Im Zuge dessen könnten sich auch die US-Senatoren veranlasst sehen, über Parteigrenzen hinweg Abrüstung zu befürworten und die Ausgaben für Neuentwicklungen und Beschaffung zu kürzen.

Begrenzter Spielraum für Deutschland

Deutschland hat traditionell ein großes Interesse an nuklearer Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung. Als nichtnuklear bewaffneter Alliierter der USA in Europa kann es den Abrüstungsprozess jedoch nur unterstützend begleiten. Immerhin hat Deutschland die Möglichkeit, etwa durch einen Beitrag zum Aufbau der gemeinsamen Nato-Raketenabwehr darauf hinzuwirken, dass Kernwaffen für Abschreckung und Rückversicherung eine geringere Rolle spielen. Solange die Nato bei der territorialen Raketenabwehr aber keine geeignete Form der Kooperation mit Russland gefunden hat, sind negative Auswirkungen auf Rüstungskontroll- und Abrüstungsgespräche zu erwarten. Um eine Reduktion der in Europa stationierten russischen und US-Kernwaffen zu erleichtern, sollte die konventionelle Rüstungskontrolle wiederbelebt werden. Hier besteht auch für Nicht-Kernwaffenstaaten wie Deutschland politischer Handlungsspielraum. Deutschland kann in diesem Politikfeld mehr als nur Unterstützung leisten, und das hat es auch bereits bewiesen, indem es sich für die Überwindung der Krise in der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa engagiert hat. Dieses Engagement sollte fortgesetzt werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364